



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1933

11.01.1933 (Nr. 9)

LAUT

Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Verlag, Redaktion und Geschäftsstelle: Papenstraße 15. Epre-
bunde der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr.
Fernsprecher: Domstraße 253 78.
Die 1933 erscheint Werkausgabe und kostet RM 1.00 frei Haus,
durch die Post zugutgeschrieben 36 Pfg. Bestellgeld.

Parteiamtliches Organ der
Bremer Nationalsozialisten

Anzeigen: Hefte die 10 gespaltene mm-Zeile RM 0.10, auswärts
RM 0.12; im Viertel RM 0.50, anwärts RM 0.70; Giebelanzeigen
RM 0.06; sonstige kleine Anzeigen RM 0.08. Platzvorschrift ohne
Verbindlichkeit. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot usw. hat der
Bezieher keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Der Haushaltsplan der Papen-Schleicher

2 Milliarden Fehlbetrag - 2 Milliarden kurzfristige Schulden -
2 Milliarden Bürgschaften - 1,5 Milliarden Vorschüsse

Gemeingefährlicher Zweckoptimismus

Es hat bisher zu den Aufgaben der jeweili-
gen Regierungen gehört, daß sie über verhäng-
nisvollen Politik ein wra-voles Mittelreden
amüßten, um im Volk immer wieder ein gün-
stiges Bild ihrer Tätigkeit zu erwecken. Mit
einer Ueberzeugung stellen wir fest, daß
auch der Finanzminister von Krosigk in sei-
nem Finanzbericht vor dem Haushaltsaus-
schuß des Reichstages ein ähnliches Verfahren an
den Tag legt, zum mindesten es duldet, daß
die herausgegebenen Presseberichte zwar ein
erschütterndes Zahlenmaterial enthalten, aber
doch in ganzen Absichten, die sich hinter ge-
schwundenen Konsequenzen zu verstecken, über zu
berichten. Wie sich das nachher in der Presse
auswirkt, zeigen z. B. die „Bremer Nachrichten“,
die aus der Rede des Finanzministers nur
zwei Sätze herausheben, und zwar
das eine Mal den Satz „nicht allzu gefährlich“
und das andere Mal „ohne ernsthafte Kosten-
gefährlichkeiten“.

Lehnt man diesen gemeingefährlichen Zweck-
optimismus ab und sieht sich ganz nüchtern
die Zahlen an, die der Finanzminister bringt,
so ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit,
daß ohne durchgreifende Reingehaltung des
Staates der finanzielle Zusammenbruch
Deutschlands fast nur noch eine Frage von
Monaten ist. Das Etatsjahr 1932 schließt nicht
nur mit einem ungeheuren Fehlbetrag von 2
Milliarden ab, wie es in den offiziellen Presse-
berichten heißt, sondern es kommen über 2
Milliarden kurzfristige Schulden hinzu, des
weiteren über 2 Milliarden Bürgschaften und
schließlich die Tatsache, daß die Regierungen
Papen und Schleicher die kommenden Jahre
schon heute mit je 740 Millionen Mark ver-
bottelt haben. Wie man bei dieser Sachlage
von einer „nicht allzu gefährlichen“ Situation
sprechen kann, versteht nur der, der vertrauenslos
dem noch immer herrschenden verrottungs-
vollen System verfallen ist.

Dabei sind alle diese Zahlen nicht einmal
erschöpfend. Statt daß gerade in einer ge-
wissen Abrechnung darauf hingewiesen, daß über
90 Prozent seines Wirtschaftsprogramms er-
füllt sind, wobei dabei zu bemerken, wieviel
Wohlstand zerstört, wieviel Wohlstandes be-
nötigt, wieviel Handbau betrieben worden ist,
noch haben wir zwar keine richtigen Zahlen,
aber zu einem Bericht über die Finanzlage des
deutschen Reiches gehört die Feststellung, daß
Gehälter und Löhne, Landwirtschaft und Indus-
trie völlig ausgetrocknet am Ende ihrer Kraft
stehen, und das noch 1933 möglich war, 1933
nicht mehr gescheit werden kann. Zu einem
Finanzbericht gehört, daß Millionen deutscher
Menschen seit Jahr und Tag hungern, daß
ganze Gemeinden und Städte vor dem Ruin
stehen, daß ganze Wirtschaftszweige nicht mehr
leben, ob sie nicht in wenigen Wochen die
Porten ihrer Arbeitsplätze endgültig schließen
müssen.

Bei dieser katastrophalen Gesamtlage ist es
interessant, von dem Herrn Finanzminister zu
hören, daß „der außerordentlich flüssige Geld-
markt“ der Reichsregierung es ermöglicht, sich
offensichtlich durch Rump über die verheer-
enden ernüchternden Zahlen hinwegzu-
schleusen. Dieser Satz bestätigt unsere Voraus-
setzung, daß ein Großteil der Summen, die an-

gefordert für Arbeitsbeschaffung usw. veranschlagt
werden, sofort den Banken zufließen, die nun
ihresseits in der Lage sind, gegen entsprechende
Zinsen dem Reich die Gelder zurückzugeben.
Tatsächlich gibt auch der Finanzminister zu,
daß in den letzten drei Monaten mit einer teil-
weisen Amahme der schwebenden Schuld, die
zur Zeit 12,264 Millionen beträgt, zu rechnen
ist. Auch diese Tatsache trägt wesentlich zur
Veranschönerung der gesamten Finanzlage bei.

Ganz ungenügend finden wir die Behauptung,
des Finanzministers, daß das Niederschlag des Reiches
etwas an seinem Schrecken dadurch verliere,
daß wir im Augenblick im Etat noch immer 900
Millionen für Arbeitslosen- und Wohlfahrtskassen
der Gemeinden aufzubringen haben. Will man in

Zukunft weitere Kürzungen dieser Ausgabe durch-
führen, oder gibt man sich der leichtfertigen Hoff-
nung hin, daß man durch Finanzierung der Banken
auch nur eine nennenswerte Zahl von Arbeits-
losen neu dem Wirtschaftsbetrieb wieder zuführt.
Zur Zeit ist man noch gezwungen, trotz des Schä-
ferhundes Gereale eine häßliche Zunahme der Ar-
beitslosigkeit zu melden. Wir haben keinen An-
laß, uns mit der Hoffnung selbst zu betrogen, so
daß es im Laufe der nächsten Monate besser werde.

Was in allem ergibt sich ein vernichtendes Bild
der deutschen Finanzlage, doppelt gefährlich durch
die Einstellung der verantwortlichen Leiter, die da
glauben, mit einigen schönen Worten den Hunger
von Millionen von Menschen beruhigen zu können.
Darum verfallen wir mit besonderer Sorge die
Schritte, die unser Führer Adolf Hitler zur Zeit
in Berlin unternimmt um noch einmal in letzter
Stunde den verantwortlichen Männern in der Mit-
telstufe zu zeigen, daß nur er und die deutsche
Freiheitsbewegung und die in ihr ruhenden see-
häftigen Kräfte das imstande sind, uns vor dem
schrecklichen Zusammenbruch zu bewahren. —art.

Reichsfinanzminister von Krosigk berichtet

Berlin, 10. Januar. Im Haushaltsaus-
schuß des Reichstages gab heute im Rahmen
der finanzpolitischen Aussprache Reichs-
finanzminister Graf Schwerin von Krosigk
einen Bericht über die Entwicklung der
Finanzlage.

Die Wirtschaftslage des Jahres 1931, ins-
besondere die Inflationskrise, machte Haushalts-
überziehungen in Höhe von 494 Millionen
notwendig, wovon allein 365 Millionen auf
außerplanmäßige Ueberschreitungen ent-
fielen.

Der Minister ging dann auf das Haus-
haltsjahr 1932 ein. Für dieses Jahr war,
wie er erklärte, ein Steueranfall von
7,464 Milliarden RM. veranschlagt. Das
tatsächliche Ergebnis wird auf 6,681 Milliar-
den RM. geschätzt, also

um 783 Millionen geringer.
Davon entfällt etwas mehr als die Hälfte
auf das Reich und die kleinere Hälfte auf
Länder und Gemeinden. Dieses Weniger-
Einkommen beruht im wesentlichen auf dem
Zurückbleiben der Einkommenssteuereinzüge
um 270 Millionen und des Aufkommens aus
der Umsatzsteuer um 420 Millionen RM.

Eine gewisse Beforgnis macht gerade in den
letzten Monaten das Zollaufkommen in
den Finanzen wird man mit einem Minde-
aufkommen von rund 800 Millionen RM.
bei Steuern und Zöllen rechnen müssen, in
das sich Reich und Länder teilen. Aber nicht
nur die Steuereinzünfte, sondern auch an-
dere Einnahmen bleiben hinter den Schät-
zungen zurück. Das gilt insbesondere für
den Posten, der aus der Veräußerung von
Vorzugsaktien der Reichsbahn vorgesehen
war. Es ist nicht möglich gewesen, die 100
Millionen vollständig zu veräußern, und wir
werden hier sicher mit einem Anfall von
50 Millionen rechnen müssen, wofür natür-
lich die Vorzugsaktien in dieser Höhe im
Besitz des Reiches bleiben.

Auf der Ausgabenseite wird auch im Jahre
1932 eine Reihe von Mehrausgaben zu ver-
anschlagen sein. Ueber die im Haushalts-
geschehen Beträge hinaus, mußten für 40
Millionen RM. Sachausweisungen, die
1932 fällig wurden, eingelöst werden.

Sinn treten u. a. Mehrausgaben wegen
der Winterhilfe in Höhe von 40 Millionen
für Instandsetzung von Wohnungen, Wasser-
straßen und Straßenbau in gleicher Höhe,
Aufwendungen für die Anweisung von
Sachausweisungen für die Landesbank im
Bergprovinz und die Dresdener Bank im
Betrag von 35 Millionen. Mehrausgaben
von 25 Millionen und Zahlungen an die
Charlottenhütte im Betrage von 35 Milli-
onen. Man wird also für das Reich mit
400 Millionen Steueranfall, 50 Millionen
Ausfall bei den Vorzugsaktien der Reichs-
bahn und mit Mehrausgaben und Minde-
einnahmen bei verschiedenen Posten in Höhe
von 300 bis 350 Millionen zu rechnen ha-
ben, so daß insgesamt ein Fehlbetrag von
rund 800 Millionen entfällt. Nun ist auch
im Jahre 1932 ein Posten zur Deckung des
alten Fehlbetrages in Höhe von 420 Milli-
onen vorgesehen. Wir kommen also bei-
dem aus den Vorjahr übernommenen Fehlb-
betrag von 1690 auf 1270 Millionen her-
unter. Dazu tritt der neue Fehlbetrag von
800 Millionen, so daß

wir insgesamt am Ende des Reichs-
jahres 1932 einen Fehlbetrag
von 2070 Millionen haben werden.
Der Minister betrat in diesem Zusammen-
hang die Ansicht, daß das ein Ergebnis dar-
stelle, das nicht allzu gefährlich sei. (!!!)
Die Schulden des Reiches betrugen am
31. März vorigen Jahres 12,152 Milliarden
und am 31. Dezember vorigen Jahres 12,264
Milliarden. Von dem Schuldensatz Ende
März waren 10,43 von dem von Ende
Dezember 10,428 Milliarden fundierte Schul-
den. Die Hauptposten der fundierten Schuld,
die Reichsbahn-Anleihe von 1927, die Silber-
ding-Anleihe von 1929 und die Kreuzer-
Anleihe von 1920, sind gleich geblieben. Die
Dauerschatz-Anleihe infolge der laufenden Tilgung
von 757 auf 718 Millionen herunter-
gegangen, die Young-Anleihe von 1423 auf
1385 Millionen und die Anleihe-Ablösung-
schuld von 3940 auf 3795 Millionen. Die
kurzfristige Schuld betrug Ende März 1722,
Ende Dezember 1836 Millionen, sodaß eine

Zunahme um 114 Millionen eingetreten ist.
Die Lage des letzten Vierteljahres wird, wie
der Minister betonte, dazu führen, daß in
diesen drei Monaten eine weitere Zunahme
der schwebenden Schuld eintreten wird.

Nach einer vom Minister weiter ge-
gebenen Uebersicht beliefen sich die vom Reich
übernommenen Bürgschaften am 1. April
vorigen Jahres auf 2015 Millionen und am
1. Oktober auf 2146 Millionen RM.

Bei einer Betrachtung des Jahres 1933
erklärte der Minister:
„Ich halte es bei der jetzigen Lage, in der
finanzpolitische Fehler nicht begangen wer-
den dürfen, für absolut notwendig, daß wir
mit der Aufstellung und Vorlegung des
Haushalts so nahe wie möglich an den Be-
ginn des Haushaltsjahres heranrücken.“

Der Minister nannte es einen unterge-
ordneten Fehler, wenn man versuchen wollte,
den Haushalt des Reiches in Ordnung zu
bringen und dabei die Haushalte der Län-
der und Gemeinden einem unentrichtbaren
Schicksal zu überlassen.

Die Ausführungen des Reichsfinanzmini-
sters wurden wiederholt von lebhaften
Zuschreufen und Fragestellungen unter-
brochen. Nach Entgegennahme der Aus-
führungen des Ministers und Erläuterung
kleinerer Vorlagen vertagte sich der Aus-
schuß auf Mittwoch, um dann in die finanz-
politische Aussprache einzutreten.

Wieder 169 000 Arbeits- lose mehr

Berlin, 10. Jan. Nach dem Bericht der
Reichsanstalt für die Zeit vom 15. bis 31. Dezem-
ber 1932 ist in der zweiten Hälfte des Dezember
die Arbeitslosigkeit weiter gestiegen. Die Zunahme
seit Mitte Dezember betrug rund 169 000. In der
Arbeitslosenberichterstattung liegt die Zahl der Haupt-
unterstützungsbedürftigen um rund 94 000 auf
782 000, in der Reichsrentenliste um rund 83 000 auf
rund 1 281 000. Am Jahresende waren trotz Be-
endigung oder witterlicher Unterbrechung zahlreicher
Arbeitslosen um rund 218 000 junge Deutsche
im freiwilligen Arbeitsdienst tätig, das heißt
43 000 weniger als Ende November. Die Zahl der
Reichsrentenarbeiter in der wertschöpfenden Arbeits-
losenversicherung steigt für Ende Dezember noch nicht
fest, dürfte aber mehr an 70 000 zu schätzen sein.

Der Führer in Berlin

T. U. Berlin, 10. Jan. Der Führer Adolf
Hitler, ist am Dienstag in Berlin eingetroffen. Er
wohnt, wie immer, im Hotel Kaiserhof.
Der Zweck der Anwesenheit Hitlers in Berlin ist,
wie der „Völkische Beobachter“ meldet, eine Be-
sprechung mit dem letzten aus Stockholm zurück-
gekehrten Reichstagspräsidenten Hg. Hauptmann
Geering.

Immunität Dr. Bennckes aufgehoben

Dresden, 10. Jan. Der Reichsausschuß
des Sächsischen Landtages beschloß am Dien-
stagvormittag in der Vorberatung, die
Strafverfolgung des nationalsozialistischen Ab-
geordneten Dr. Benncke zu beantragen. Gegen
Dr. Benncke war bekanntlich in der
Mordfrage Henrich der Wortführer der Beamtigen-
schaft erhoben worden.

Für diesen Beschluß stimmten auch die
nationalsozialistischen Abgeordneten, da ge-
rade der NSDAP am meisten an der Auf-
klärung des Falles Henrich liegt.

Prinz August Wilhelm im Lippeschen Wahlkampf

(Drahtbericht unseres an der Wahlfahrt Adolf Hitler teilnehmenden Sonderbericht-erhalters.)

Detmold, 10. Januar. Während der Führer zu einer Beipredung in Berlin weit und im Laufe der Nacht wieder im Lipper Land erwartet wird, steht die tausendglückseligste Wahlkampfkampagne nicht einen Augenblick still.

Der Berliner Gauleiter Dr. Goebbels und der Oberführer Prinz August Wilhelm sprechen in überfüllten Kundgebungen zu den Arbeitern der Stim- und Faust- zu Bekannten, Akademikern und zu Bürgern, zu Arbeitslosen und Gewerbetreibenden.

Es war einem Symbol unserer Bewegung gleich, als Hg. Prinz August Wilhelm und Hg. Siegmund zu gleicher Zeit die Rednertribüne eines niedrigeren rechten Gasthaus-festivals betreten. Das „Korabepferd“, wie die Gegner unserer Hg. Prinz August Wilhelm in kindlicher Naivität zu betiteln pflegen, und der Gemütskämpfer Siegmund, der täglich auf dem Markt in Detmold steht. Zwei Männer aus ehemals verchiedenen Lagern reichten sich die Hand, um an dieser Stelle ein lebendiges Beispiel der in unseren Reihen zusammengeschlossenen Volksgemeinschaft zu geben. Die Rede des Prinz August Wilhelm wurde dem durch Proben unerschütterlichen Bauern und Arbeiter des Dorfes zu denen gegeben haben. Der Mann im braunen Hemd, der zu uns kam, nachdem er alle Feinde hinter sich abgedrängt hatte, sprach von der Liebe des Vaterlandes, besetzt und von der Dankbarkeit gegen den Führer durchglüht, der ihm in den Reihen unserer Bewegung eine neue Heimat geöffnet hatte. Die Ausführungen des Reichers waren ein Appel an die Kameradschaft und eine scharfe Abrechnung mit der niederträchtigen Hebe gegen uns.

Der Redner erinnerte an den jahrelangen Kampf des Frontsoldaten Hitler, an die Staatsangehörigkeit, an das Aufstreben der Jüdin Klara Zetkin im Reichstag. Sodann rechnete Hg. Prinz August Wilhelm mit den vergeblichen Bemühungen der Regierung ab, durch Notverordnungen eine Aenderung herbeizuführen und den Zusammenbruch anzuhelfen.

Es ist in alles Lage, was sie von unseren Bestrebungen erzählen. Diesen Vagen will ich nur ein kleines Erlebnis entgegenhalten, das ich hatte. Als 12 Bürgermeister von 12 Orten dem Führer gläubig und zuverlässig die Ehrenbürgerurkunde überreichten, da antwortete der Führer diesen Männern: „Ich hoffe, daß mir der Glaube die Kraft gibt, diese Hoffnungen zu erfüllen.“ Erinnern wir uns dieses Bekenntnisses gerade in diesen Wahlkampf. Sie wissen dann, unter welchen Zeichen wir marschieren. „Ich glaube an den Glauben und Geist der toten Kompanie Dorff Weffels. Marschieren wir unter den Fahnen der Volksgemeinschaft den neuen freien Deutschland entgegen.“

Hitler-Sieg in Nürnberg

Nürnberg, 10. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Bei den Wahlen zum Vorsitz der Nürnberger Industrie- und Handelskammer gelang es der erstmalig auftretenden nationalsozialistischen Liste, einen großartigen Sieg zu erringen. Die nationalsozialistischen Kleinen Gewerbetreibenden erhielten 454 Stimmen, während der unter jüdischer Führung stehende Einzelhandelsverband sich mit 141 Stimmen begnügen mußte. Die zweite nationalsozialistische Liste der Gewerbetreibenden erhielt 882 Stimmen, eine Einzelliste von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen konnte trotz der Vielzahl der auf dieser Liste vereinigten Parteien nur 1245 Stimmen erhalten. Bei den technischen Angestellten erhielten die Nationalsozialisten 223 Stimmen, die marxistisch-deutschnationale Einheitsliste 440 Stimmen. In die abholte verordnete Nürnberger Industrie- und Handelskammer ziehen also das erste Mal Vertreter der schaffenden Schichten und der nationalsozialistischen Idee ein.

Anklage wegen Meineides gegen Brolat

Berlin, 10. Jan. Der Untersuchungsrichter des Landgerichts II hat die Voruntersuchung gegen Direktor Brolat abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft III hat am Dienstag Anklage gegen Brolat wegen Meineids erhoben. Die strafbare Handlung wird darin erblickt, daß Brolat am 30. Oktober 1923 zu Protokoll des Oberregierungsrats Tawolff unter Eid bekundete, er habe seit Dezember 1923 unmittelbar bei der Firma Keler & Burch gekauft, habe die Direktoren der Stadtbank nur dienlich und auch nur fähig gekannt und von den Klarens Gesandte weder erhalten, noch ihnen Gehör gemacht. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft sind diese drei Punkte der Anklage unrichtig. Die Staatsanwaltschaft steht auf dem Standpunkt, daß sich Brolat der Unrichtigkeit seiner eidlichen Aussage bewußt gewesen ist.

Deutschland ernennt Militärattachés

Wie das Reichswehrministerium mittelst, ist für den 1. April 1933 die Ernennung deutscher Militär- und Marineattachés beabsichtigt. Militärattachés werden entsandt werden nach Paris, London, Rom, Prag, Warschau, Moskau und Washington. Marineattachés kommen nach Paris, London und Rom. Einzelne dieser Attachés werden voraussichtlich auch gleichzeitig bei anderen Staaten akkreditiert werden.

Die Militärattachés werden dem Missionsschiff unterstellt. Sie müssen ihre Berichte vor Weitergabe dem Missionsschiff vorlegen.

Wie verlautet, steht die Ernennung des Generalmajors Friedrich von Weitzner zum deutschen Militärattaché in den Vereinigten Staaten in absehbarer Zeit bevor.

Die Werbung eines Berliner Mittagsblattes, wonach der bisherige Kommandeur des 14. Kavallerie-Regiments, Oberst Freiherr Geve von Schwepenburg, als Militärattaché der deutschen Botschaft in London in Aussicht genommen sei, dürfte den Tatsachen entsprechen.

Die neuen Militärattachés für Paris, Rom und Moskau

Berlin, 10. Jan. Wie wir erfahren, sind als Militärattachés in Aussicht genommen:

für Paris: Generalmajor Knechtel, zur Zeit Chef des Stabes des Gruppenkommandos II,

für Rom: Oberst Fischer, Abteilungsleiter im Reichswehrministerium,

für Moskau: Oberstleutnant Hartmann.

Japanischer Angriff auf Dschehol setzt ein

Tokio, 10. Jan. Halbamtlich wird gemeldet, daß Dienstag die militärischen Aktionen der japanischen Armee gegen die chinesischen Truppen an der Grenze der Provinz Tsching begonnen haben, nachdem vormittags die Truppe abgegangen war, die den chinesischen Generalen vom japanischen Anmarsch für die Einstellung der Truppenansprüche in Dschehol geteilt wurde. Die japanische Truppenbewegung geschah in der Richtung auf die Hauptstadt Tsching. Die japanischen Truppen haben den Befehl, die chinesischen Grenzorte unter allen Umständen zu besetzen und jeden chinesischen Widerstand zu brechen. Die japanischen Truppen haben mit der Bombardierung der Verbindungswege und der Eisenbahnen begonnen.

Nach einer Mitteilung der chinesischen Gesandtschaft in Tokio haben die chinesischen Militärbehörden Verhandlungen mit Japan in Schanghai-Form abermals abgelehnt.

China marschiert?

Schanghai, 10. Jan. Wie aus Raufing gemeldet worden ist, ist in der Sitzung des Kriegsrates am Montag beschlossen worden, an die chinesische Armee einen Marschbefehl zu erteilen, der die Vormarschbewegung sämtlicher chinesischer Truppen anordnet. Es heißt darin, daß der Marschbefehl täglich zu erwarten sei.

23 japanische Kriegsschiffe in chinesischen Gewässern

Tokio, 10. Jan. Die japanische Admiralität teilt mit, daß sich zur Zeit in chinesischen Gewässern 23 japanische Kriegsschiffe befinden, die alle Landungstruppen an Bord haben. Die Kriegsschiffe haben den Befehl erhalten, nach Tschingwan-tsun zu gehen, um dort Anker zu werfen.

Generalsirek in Sevilla

Madrid, 10. Jan. Im Zusammenhang mit einem von den Syndikalistern in Sevilla ausgetragenen Generalsirek kam es außer in der Stadt auch in der Umgebung Sevillas zu Schießereien. In einigen Dörfern versuchten die Landwirte sich in den Besitz des Rathauses zu setzen, wobei es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. In Automobilen herbeigeholte Polizeiverstärkungen wurden von den Aufständischen beschossen. Im Laufe des Nachmittags gelang es, die Ordnung wieder herzustellen. Auch in Castellon und Murcia kam es zu Ausschreitungen. In der Provinz Murcia machten die Anarchisten Überfälle auf verschiedene Dörfer und versuchten sich eines Palastbeschlusses zu bedienen.

Flammenzeichen am Rhein

Koblenz, 10. Jan. Aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Einbruchs der Franzosen in das Ruhrgebiet waren am Dienstagabend auf den Höhen der Umgebung von Koblenz, wie überhaupt im ganzen Gebiet des Mittelrheins, von den verschiedenen Stahlhelm-Ortsgruppen überall Erinnerungsfeste angestanden worden. Das Hauptfeuer brannte auf dem höchsten Punkte der Felsung Ehrenbreitstein, zur Erinnerung an die Anschlägkeit und Entrechtung in den unheilvollen Tagen des Ruhrkampfes.

Zur gleichen Stunde traten Anordnungen des Stahlhelms aus den Gauen des rheinisch-hessischen Industriezentrums auf dem Ruhrgebiet in Offen, dem Mittelpunkt des Ruhr-einbruchs vor zehn Jahren, zu einer einrücksvollen Gedenkfeste an.

Nachdem der Stahlhelm den Anzugplatz verlassen hatte,

marschierte die Essener SA und SA aus allen Stadtvierteln sternförmig zum Anzugplatz zu einer großen Kundgebung des Kreises Essen der NSDAP. Die Kundgebung, die der Erinnerung an den vor zehn Jahren erfolgten Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet galt, fand unter dem Sprechwort: „Nie wieder Feind im Land.“

nächtigen. Gleichzeitig zerschritten sie die Telefonleitungen und leerten die Straßen. Auch hier gelang es der Polizei schließlich, die Angreifer in die Flucht zu schlagen. Sabotageanschläge auf die Eisenbahnlinie Murcia-Cartagena wurden rechtzeitig entdeckt. Im übrigen Spanien wurden drei weitere Anschläge auf Eisenbahnlinien festgestellt, die aber ohne Erfolg blieben. In Barcelona blieben bis auf weiteres die außerordentlichen Sicherheitsmaßnahmen, wie Polizeiverstärkungen, Dauerbeleuchtung der Straßen während der Nacht, Durchsuchung verdächtiger Personen auf Waffen usw., bestehen.

Die Geißel über Rußland

In einer stündigen Rede, die Stalin auf der Tagung des Zentralkomitees und der zentralen Kontrollkommission der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union hielt, feierte der russische Motor die Vollendung des ersten Fünfjahresplans, der allein durch sein Bestehen schon die bürokratische Kapitalistische Welt in zwei Lager gespalten habe, von denen das eine für und das andere gegen die Sowjetunion Stellung genommen habe.

Stalin erklärte, daß der Fünf-Jahresplan eine Leistung sei, wie sie die Welt bis jetzt kaum zum zweiten Mal gesehen habe, so denken wir dabei vor allem an die Millionen russischer Arbeiter und Bauern, die diese Leistung mit ihrem eigenen Leben oder der Verdüster ihrer Familien bezahleten mußten. Wie denken an die Millionen, die durch den Überweg zum Kollektivismus auf dem Lande entzweit wurden, wie Herden von einem Industriegebiet in das andere geschoben, und von denen schließlich Tausende und Abertausende in den unheimlichen Wäldern Sibiriens zu Grunde gehen mußten. Alles zum Lob und Preise eines wohlwolligen Planes, von dem Stalin behauptet, daß er jetzt zu 93,6 Prozent erfüllt sei. Das wichtigste — und das wurde auch von den roten Barren hervorgehoben — scheint uns die Schaffung einer starken Militärindustrie zu sein, an deren Ausbau und Erweiterung noch heute Rußland seine ganze Kraft legt. Im übrigen berührt es ebenfalls, daß Stalin mehrmals auf das System der bäuerlichen Kollektivwirtschaft einging und dabei ganz vergessen zu haben scheint, wie oft in den letzten Jahren der agrarische Kurs in der Sowjet-Union herumgeworfen worden ist.

Ungeordnetlich ausführlich und für seine roten Genossen in Deutschland gewiß uninteressant zu hören war der Satz, daß „Paris und Regierung sich im Jahre 1933 bemühen würden,

Der 13. Jahrestag der Abtrennung Danzigs vom Reich
Danzig, 10. Jan. Bei herrlichem Winterwetter fand am Dienstagvormittag auf dem Langen Markt eine große Jugendkundgebung des Vereins für das Deutschtum im Auslande statt. Die teilnehmenden Jugendverbände zogen auf dem von einer dieftausendköpfigen Menschenmenge umjämten Langen Markt in geschloffenem Zuge auf.

Als Vortragsredner des Landesverbandes Freie Stadt Danzig des RDA eröffnete Senator A. D. Strunt die Kundgebung. Er erinnerte an den 10. Januar 1920, den 13. Jahrestag der Abtrennung Danzigs vom Reich, und leitete, daß heute das deutsche Volk seinen nationalen Stolz wiedergefunden habe. In dem nationalen Aufbruch der deutschen Jugend sei das Sinnbild einer glücklicheren Zukunft des deutschen Volkes und damit auch Danzigs zu erblicken.

In den frühen Nachmittagsstunden löste vom Flugplatz Danzig-Langfuhr ein Flugzug der Wehrmachtlichen Fliegerstaffel zum Danzig-Verbleib quer durch Deutschland starten. Das Flugzeug trägt auf den unteren Tragflächen die Aufschrift: „Danzig bleibt deutsch.“ Es wird zunächst in Berlin landen.

die Not der Erwerbslosigkeit insbesondere auf dem Lande zu beheben.“

Bis jetzt hat man von einer Erwerbslosigkeit niemals etwas gehört. Bis jetzt war es der große Propagandafrei der Kommunisten in al-er Welt, daß Rußland das einzige Land sei, in dem jeder, der arbeiten wolle, auch nicht Arbeit fände. Wie sieht es mit den Leuten, die nun nach Statius Anspruch sogar in Rußland der Erwerbslosigkeit preisgegeben sind, wo man doch stolz ist auf den Grundbesitz, der nicht erlosch dieses ersten Fünf-Jahresplanes wird das Maximum des russischen Volkes noch nicht seinen Höhepunkt erreicht haben, denn der zweite Fünf-Jahresplan, der bis zum ersten folgen soll, wird mit all seinen Folgen den russischen Arbeitern und Bauern erst die wahren Segnungen bringen, die dieses „Vaterland der Arbeiter“ für sie bereithält.

Kommunistischer Überfall auf ein SA-Lokal

München, 9. Jan. In der Nacht auf Samstag drangen etwa 20 uniformierte Kommunisten bei Besuche in die Gaststätte Ruppertslof im Westen der Stadt München ein und schlugen einen noch einzig anwesenden SA-Mann mit einem Schlagstein nieder, so daß er unter einer Tischlampe. Die Wirten wurde ebenfalls von einem Kommunisten mit einem Prügel niedergeschlagen. Darauf schlugen die Eindringlinge sämtliche Biergläser, Flaschen usw. ein, zerstörten die Stühle, warfen die Fensterläden der Türen und Schränke ein und zogen wieder ab.

Überfall auf einen Reichswehrsoldaten.

Goslar, 10. Januar. Am Oberen Triebweg wurde ein Angehöriger des Jägerbataillons von drei Leuten hinterhältig überfallen, die den übermächtigen Reichswehr-Jäger zu Boden schlugen und ihn mit Füßen traten. Dabei riefen sie Drohungen aus und riefen: „Möge, du mußt verrotten!“. Der Jäger erlitt eine Gehirnerschütterung, sowie erhebliche Verletzungen und mußte ins Lazarett überführt werden.

Wo bleibt der Rußel?

Detmold, 10. Januar. Die von den Kommunisten angekündigte Wahlwerbung mit 180 Versammlungen löst in verschiedenen Landesteilen auf Schwierigkeiten. Da die Saalbesitzer Zusammenkünfte vermuten, vermeiden sie fast durchsichtliche 500 bis 700 Mark Kaution, damit Schäden durch Zerstörung von Saalrichtungen eingemauert werden kann. Da die KPD diese Summen nicht zur Verfügung hat, sind schon mehrere der angekündigten Versammlungen ausgefallen.

Der Kapperstorch in der Wahlversammlung.

Detmold, 10. Januar. In einer Wahlversammlung der NSDAP am Montag in Hohenhausen mußte Adolf Hitler seine Rede unterbrechen. Bei einer Beischauer war unerwartet schnell ein kleiner Erdbitterer angekommen, was zur Folge hatte, daß die Versammlung auf zehn Minuten unterbrochen werden mußte. Später wurde mitgeteilt, daß alles gut abgelaufen sei und der Führer versprach, am kommenden Sonntag zur Taufe des jungen Lipppers zu erscheinen.

Anschlag auf den Kapitän eines französischen Rheinbampfers.

Koblenz, 10. Januar. Bei einem großen Teil der französischen Schlepptampfer, die den Rhein befahren, war die Besatzung in den Streit getreten, sobald die Schlepptampfer zum Teil vor Anker liegen mußten. Die Meinungsverschiedenheiten haben Dienstag in dem Rheinort Kamp zu einem Anschlag auf den Schiffskapitän des Dampfers „Condor“ geführt. Als am Dienstag mittag das Schiff auf der Bergfahrt Kamp passierte, fielen plötzlich auf der rechten Rheinseite etwa zehn schwere Schüsse, die auf den Ankerstuhl gerichtet waren, an dem sich der Kapitän befand. Ein Schuß traf das Ruderrad, ein weiterer ging dicht an dem Kapitän vorbei, während die Mehrzahl der Kugeln in den Schiffsrumpf eindrangen. Der Kapitän gab sofort Signale, warf Anker und benachrichtigte die Polizei. Die Suche nach den Tätern hatte aber bis zum Abend nicht den gewünschten Erfolg.

Ein frommer Wunsch

Hoover will Kriegsmaterialhandel unterdrücken.

Washington, 10. Januar. In einer Sonderbotschaft ermahnt Hoover den Kongreß, entweder die internationale Konvention von 1925 zur Unterdrückung von Kriegsmaterialhandel zu ratifizieren, oder den Präsidenten zu ermächtigen, die Waffenlieferungen ganz oder teilweise zu verbieten.

Eine Geißel ermdet

Leipzig. Am späten Nachmittag des Montag wurde in der Schellstraße die 73 Jahre alte Witwe des Lehrers Jausch in ihrem Bett ermordet aufgefunden. Der Gefahndung deutet darauf hin, daß Raubmord vorliegt.

Schweres Eisenbahnglück in Bukarest

Bukarest, 10. Januar. Vor dem Bukarester Hauptbahnhof ereignete sich am Dienstag vor-mittag ein schweres Eisenbahnglück. Der aus Temesvar einlaufende Personenzug blieb an den Eisenbahnhöfen des Bahnhofs infolge seiner Schieneverwackungen stehen. Infolge dessen wurde ein Teil der Wagen abgekippt und von der Wa-schene in den Hauptbahnhof geschleift.

Wenige Augenblicke später fuhr der ebenfalls aus Temesvar einlaufende Schnellzug mit voller Macht auf die stehengebliebenen Wagen des Per-sonenzuges auf. Die Wagen wurden zum Teil zertrümmert. Nach den bisherigen Feststellungen wurden sechs Personen, darunter der Zugführer, getötet. Die Zahl der Verwundeten liegt noch nicht fest.

Nach einer Meldung der „Donaupost“ aus Bukarest beträgt die Zahl der Toten acht, die der Verwundeten etwa 20.

Wieder 12 Leichen aus der „Atlantique“ geborgen
Paris, 10. Januar. Aus dem Dampfer „Atlantique“ wurden im Laufe des Montag 12 Leichen geborgen, so daß nunmehr insgesamt 14 Opfer gefunden wurden. 10 von ihnen konnten nicht mehr erkannt werden. Entgegen der ursprünglichen Ansicht wird das Schiff noch nicht ins Trockendock geholt. Es soll vielmehr solange im Hafendock liegen bleiben, bis die Sachverständigen festgestellt haben, ob es sich lohnt, das Schiff wieder in Fahrt zu setzen, andernfalls werden die Maschinenanlagen und alle sonstigen brauchbaren Einrichtungen ausgebaut und der Kumpf als altes Eisen verkauft werden. Dann wäre das immerhin kostspielige Eindocken nicht notwendig.

Im Schneesturm ums Leben gekommen
London, 10. Januar. Auf dem schottischen Berg Cairngorm sind zwei Bergsteiger während eines großen Schneesturms ums Leben gekommen. Ihre Leichen wurden erst nach einer Woche unter einer Schneedecke entdeckt, nachdem täglich große Rettungseinsätze, die von Jungenern unterstützt wurden, nach ihnen gesucht hatten.

Fußbodenentzwei bei einer Trauerverammlung
Zwei Tote — Fünfzehn Schwerverletzte
Paris, 10. Januar. Ein bedauerlicher Unglücksfall, der zwei Frauen das Leben kostete und bei dem fünfzehn Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich am Sonntag nachmittag in einem Saal in Naccio.

Im zweiten Stock eines Familienhauses waren die Freunde und Verwandten eines am Sonntag verstorbenen angesehenen Bürgers der Stadt im Festsaal versammelt, um bei der Beerdigung des Toten zugegen zu sein. Während sich der Fußboden unter dem Gewicht der umstehenden zweitausend Personen nach und nach senkte, brach er plötzlich in der Mitte auseinander. Die sofort herbeigekommene Feuerwehr zog zwei ältere Frauen aus den Trümmern, die bereits tot waren. Fünfzehn andere Trauergäste haben zum Teil so schwere Verletzungen erlitten, daß sie in ein Krankenhaus überführt werden mußten. Bei einigen von ihnen begibt man erste Befürchtungen.

Der griechische Dampfer „Stratis“ gesunken
Paris, 10. Januar. Der griechische Dampfer „Stratis“, der am Sonntag von Suda auf See ausgefahren war, ist in der Nähe von Kap Finistere gesunken. Die Besatzung wurde von dem dänischen Dampfer „Virginia“ übernommen und später auf den deutschen Dampfer „Behrendt“ gebracht.

Ausflug in einem kanadischen Gefängnis
Newport. Wie aus Trento in Venetienland ge-meldet wird, haben am Sonntag 600 Inhaftete des Gefängnisses in Dorchester einen Ausflug un-ternommen, bei dessen Unterdrückung durch kanadische berittene Polizei ein Gefangenentod wurde. Mehrere Sträflinge gelang es, zu entkommen. Wie es heißt, soll Unzufriedenheit mit der Ver-pflegung und den Arbeitsbedingungen die Ursache

Großfeuer in einer finn-ländischen Festung

Sellingsfors. In einer der größten finnländischen Festungen, Max Elliot, 16 Eemeilen westlich von

des Aufrehs gewesen sein. Die Gefängnisinsassen haben, ehe sie überwalligt werden konnten, alle Einrichtungsgegenstände des Gefängnisses kurz und klein geschlagen und dabei für rund 100.000 RM. Schaden angerichtet.

Schneefall in München
München, 10. Januar. Am Dienstag früh ein wintertliches Bild. Nachdem den ganzen Montag über heftiger Regen niedergegangen war, setzte in der Nacht Schneefall ein, der bis in den Morgen andauerte. Am Dienstag früh verzehnte die bisher höchste Schneedecke in Neuen Winter. Aus den Bergen wird gleichfalls erheblicher Schneefall gemeldet.

Aufstand in Indien

Bombay, 10. Jan. Im indischen Staat Alwar ist infolge des Aufstandes des mohammedanischen Stammes der Meos eine äußerst kritische Lage entstanden. 1000 Mann der indischen Armeeabteilung hat sich auf Befehl des englischen Generals der Maharadscha von Delhi nach Alwar in Marsch gesetzt. Etwa 80.000 Meos haben sich dem Aufstand angeschlossen, dessen Ursache angeblich die über-mäßige Besteuerung der Eingeborenen ist. Die Staatstruppen, deren Zahl sich auf kaum 1000 Mann beläuft, sind vollkommen machtlos. Sie wurden in der Nacht auf Montag von 8000 Meos be-lagert und konnten sich erst nach schweren Verlusten befreien. Die Hauptlager der Meos sind die Hin-dus, deren Dörfer zu Hunderten geplündert und niedergebrannt worden sind. Die Menschenverluste sollen beträchtlich sein.

Die Meos, einer der kriegerischsten Stämme Indiens, stehen unter der Führung früherer indischer Armeeführer und sind zum größten Teil mit Schusswaffen ausgerüstet. Sie haben den Staatstruppen schon mehrere Schlaven beigebraut. Der Ernst der Lage wird durch die Nachricht erhöht, daß bereits Tausende von Mohammedanern aus Britisch-Indien über die Grenze von Alwar strömen, um sich dem Aufstand der Meos anzuschließen.

Englische Offiziere übernehmen den Befehl im Aufstandsgebiet.

Bombay, 10. Januar. Sämtliche von dem mohammedanischen Aufstand in dem indischen Staat Alwar betroffenen Bezirke sind von den englischen Behörden übernommen worden, um die Ordnung wieder herzu-stellen. Die eingeborenen Staatstruppen, die sonst dem Maharadscha unterstellt sind, sind unter den Befehl englischer Offiziere gestellt worden.

Cheron über die finanzielle und haus-haltspolitische Lage Frankreichs.

Paris, 10. Januar. Im Laufe des Kabi-nettsrates, der am Donnerstagvormittag zu-sammengetreten ist, hat der Finanzminister Cheron den Inhalt des Sachverständigen-berichts über die wirtschaftliche, währungs-politische, finanzielle und haushaltspolitische Lage Frankreichs zur Kenntnis gebracht. Aus dem Bericht geht hervor, daß im Lande noch zahlreiche Kapitalreserven frei verfüg-bar liegen, die auf Anlage warten, sobald durch den Ausgleich des Haushalts das ent-sprechende Vertrauen gegeben ist.

Unter Berücksichtigung der durch das Ge-sets vom Juli 1932 verfügten Sparmaßnah-men stellt sich nach den Angaben des Fi-nanzministers der Fehlbetrag des Haushalts zurzeit auf 10.541 Millionen Franken.

Zur Herbeiführung des Gleichgewichts im Haus-haltsplan schlägt Cheron folgende Maßnah-men vor: Kürzung der Ausgaben in Höhe von 533 Millionen und Vermehrung der Ein-nahmen durch fiskalische Maßnahmen in Höhe von 643 Millionen. Die Summe dieser beider Beträge ergibt für den Haushaltsplan einen Spielraum von 223 Millionen. Fer-

Sellingsfors, brach in der Nacht zum Dienstag ein tiefer Brand aus. Infolge des rasenden Schneesturms war es unmöglich, das Feuer zu löschen. Bisher wurden sieben große Kavernen und wert-volle Festungsanlagen zerstört. Vom Festland sah

Leiche des Schiffarztes der „Niobe“ angetrieben

Kopenhagen. Aus Köbby auf Seeland wird ge-meldet, daß an der Küste von Südlänland, in der Nähe von Krammehavn, eine Leiche angetrieben wurde, in der man diejenige des Schiffarztes der „Niobe“ erkannte. Montag mittag ist ein Zer-scher aus Kiel in Kopenhagen, wo man die Leiche gebracht hat, eingetroffen, um sie nach Deutsch-land zu überführen. Der deutsche Konsul in Kopenhagen hat am Samstag einen Franz in deutschen Farben niederlegen lassen.

Am Montag wurde von dem deutschen Artillerie-schiff „Draht“ die am Sonntag gefundene Leiche des Schiffarztes der „Niobe“ nach Kiel überführt. Bevor die Leiche an Bord gebracht wurde, fand in der Kapelle des Friedhofes von Kopenhagen eine feierliche Trauerfeier statt. Vierzig deutsche Matrosen stellten die Ehrenwache.

Südslavien, der Unruhe-herd in Südosteuropa

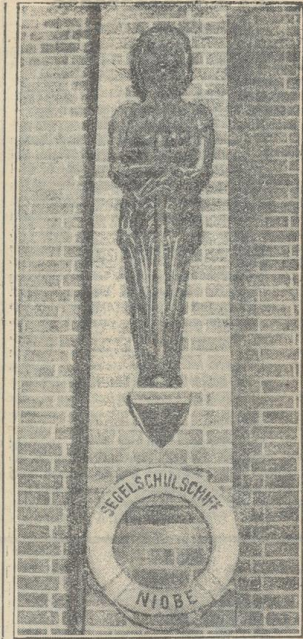
ner hat Finanzminister Cheron mitgeteilt, daß er in das Finanzgesetz mitzulesen werde: 1. eine Vermehrung der Steuern, 2. Maßnahmen zum Sparen, und 3. Maßnahmen zum Kampf gegen die Fälschung.

Südslavien, der Unruhe-herd in Südosteuropa

Während der letzten Wochen stand der Südosten Europas im Zeichen einer wach-senden Unruhe, die herbeigerufen wurde durch die politische und finanzielle Krise Südslaviens. Die am 27. November in der kroatischen Hauptstadt von den Oppo-sitionsparteien gefasste Entschliesung, in der die Minderheit zu verfassungsmäßigen Aufkän-derungen und die Umwandlung des zentralistischen Staates in einen Bundesstaat gefordert wurde, findet weitere Anhänger. Am 24. Dezember hat in Belgrad eine Zusammen-kunft von 40 führenden Politikern aller ser-bischen und kroatischen Parteien in der bis 1918 zu Ungarn gehörigen Wojwodina statt-gefunden, in der die sog. Puntation von Vgram gebilligt und ebenfalls die Einbe-rufung einer Konstituente sowie die Um-wandlung des zentralistischen in einen föderativen Staat gefordert wurde, in dem die Wojwodina in ihren historischen Gren-zen einen besonderen Bundesstaat bilden soll.

In Kroatiens Hauptstadt Vgram hat unter dem Vorsitz von Vladimir Macel der Ere-tikismus der demokratischen Bauern-partei eine Sitzung abgehalten, in der zur Puntation des 27. November eine Zusat-zentschliesung angenommen wurde, in der es heißt, daß der in jener Puntation ge-brauchte Ausdruck der serbischen Hegemonie sich nicht auf das ganze serbische Volk be-ziehe, sondern nur auf seine früheren und gegenwärtigen Regenten, und daß der in jener Puntation gebrauchte Ausdruck von 1918 die Einberufung einer Konstituente be-sagen solle, da die Diktatur als vorausge-gangenen politischen Lebeln angesehen und alle verfassungsmäßigen Rechte beseitigt habe. Neben dem Ansuchen des föderativen Gedanken, wie es in diesen beiden Entschliesungen zum Ausdruck kommt, ist auch ein bemerkenswertes Erstarken der republikanischen Bewegung festzustellen, die mit der Diktatur zugleich auch die monar-chische Staatsform beseitigen möchte.

Wie die innenpolitische Spannung anläßt, so auch die außenpolitische gegenüber Ita-lien. Auf die Zerstörung der venezianischen Löwen in Trau ist die eines weiteren Zer-schüssens in Senf gefolgt, an der ein fer-bischer Soldat in Uniform beteiligt gewesen sein soll. Die italienische Öffentlichkeit, vor allem die Presse, hat in überaus hef-tiger Weise gegen eine derartige Barbarei



„Niobe“-Reliquien im Gotteshaus
Die Gallionsfigur und ein Rettungsring des Segel-schiffes „Niobe“ in der Kieler Garnisonkirche

Stellung genommen und sie beschuldigt z. T. Südslavien offen der Hege zum Kriege zwecks Abwendung von seinen innenpoli-tischen Schwierigkeiten. So schreibt z. B. Nikolaus Pascazio am 31. Dezember im römischen Blatt „Ottobre“:

„Südslavien rüftet zum Krieg. Es pro-duziert abwechselnd Bulgarien, Ungarn, Albanien, Italien. Es ist nicht ausge-schlossen — und wer im Lande selbst gelebt hat, ist davon überzeugt, — daß Südslavien, wenn ihm das Wasser an der Kehle steht, bevor es im Innern nachgibt, um jeden Preis und mit allen Mitteln den von ihm erstrebten Krieg produzieren wird.“

Mussolini hat Europa bereits mehrmals gewarnt. Die Gallung Südslaviens hat die Verantwortung Europas nunmehr zur Debatte gestellt. Die Erstzuz Südslaviens ist paradox; es unterbricht die unterworfenen Völker; es löst imperialistische Dro-hungen gegen die Nachbarstaaten aus, er-neut kann Europa durch Serbien in eine Katastrophe und in die Barbarei gestürzt werden.“

Es sieht in der Tat fast so aus, als ob das neue Jahr auf dem Balkan neue Ver-wicklungen bringen wird, wie es in den letzten Jahrzehnten schon mehrmals der Fall war.

Kleine Politik

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichs-tages gab gestern der Reichskommissar Dr. Gercke einen Überblick über sein Sofort-programm zur Arbeitsbeschaffung, dem sich dann eine längere Aussprache anschloß.

Reichsminister von Schleicher empfing am Montagabend Vertreter der christlichen Ge-werkschaften, um mit ihnen Fragen der westlichen Industrie zu besprechen.

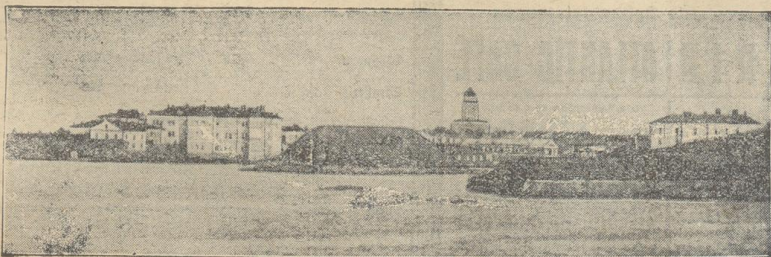
Der auswärtige Ausschuss des Reichs-tages ist von seinem Vorsitzenden, Hg. Dr. Fried, auf den 20. Januar einberufen wor-den.

Die Tochter Trochits hat sich in Berlin mit Gas vergiftet.

Der baltische Landtag wählte am Dien-stag den der Deutschen Volkspartei ange-hörenden Ministerialrat Dr. Umhauer zum Innenminister anstelle des im August verstorbenen sozialdemokratischen Ministers Maier.

In der französischen Kammer, die gestern zum ersten Male wieder zusammentrat wurde Bouisson zum Kammerpräsidenten ge-wählt.

Das amerikanische Auswanderungsamt er-lärt, daß der wegen umfangreicher Bot-tigereien von Deutschland geflüchtete jüdische Schriftsteller Lewin auslieferbar werden würde.



Feuersbrand zerstört finnisches Anwesen
Uebersichtsbild vom dem Festungsgebiet Swaburg, zu dem das Fort Mac Elliot gehört.

Die Schienenbahnen schaffen Arbeit!

Es gibt in Deutschland mehr als 600 Schienenbahnbetriebe. Straßenbahnen, Nebenbahnen und Kleinbahnen, — die nicht dem Reich gehören, mit mehr als 20 000 km Streckenlänge und etwa 77 000 Fahrzeuge aller Art — Lokomotiven, Triebwagen, Personen-, Gepäck- und Güterwagen. — Diese Bahnen haben jährlich Unterhaltungs-, Erneuerungs- und Ergänzungsarbeiten auszuführen, für die in normalen Zeiten Beträge in Höhe von vielen Millionen Reichsmark ausgeben wurden. In den letzten vier Jahren fehlten die den Bahnen zur Verfügung stehenden Mittel nicht mehr aus, so daß von Jahr zu Jahr in wachsendem Ausmaß Arbeiten unterbleiben mußten, die im Interesse einer ordnungsmäßigen Betriebsführung eigentlich hätten ausgeführt werden müssen. In den letzten beiden Jahren wurden sogar Arbeiten unterbleiben, die im Interesse der Betriebssicherheit unerlässlich waren, so daß deshalb Zeitstilllegungen vorgenommen werden mußten. So hatte sich am Ende des Jahres 1932 allein bei solchen Bahnen, die sich aus eigener Kraft nicht mehr helfen können, ein Arbeitsbedarf nur für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Bahnanlagen aufgestaut, zu dessen Verbringung Mittel in Höhe von mehr als 100 Millionen Reichsmark erforderlich sind. Darüber hinaus werden noch weitere rund 35 Millionen Reichsmark benötigt, um dringenden notwendige Neubauten ausführen zu können. Hier handelt es sich also um den

von der Reichsregierung ins Auge gefaßten höchsten Fall, sofort Arbeitsmöglichkeiten großen Ausmaßes zu schaffen, die in erster Linie auf die Instandsetzung vorhandener Produktionsgüter und auf deren Verwertung abgestellt sind. Die bei den Schienenbahnen notwendigen weite auszuführenden, aus Mangel an Mitteln bisher rückständigen Arbeiten sind nach dem bisherige gezielte, Arbeit im Sinne der Reichsregierung zu schaffen, weil es sich größtenteils um Eisenreparaturarbeiten handelt, wofür also Aufträge an die eigenbetrieblende Industrie vergeben und Arbeiter für die Ausführung der Arbeiten auf der Strecke eingestellt werden können.

Die Allgemeinheit ist an der Vergebung dieser Arbeiten deshalb besonders interessiert, weil die Schienenbahnen als Träger der Wirtschaft und der Wirtschaft in einem einwandfreien Zustand erhalten werden muß. Ihre Anlagen und Betriebsmittel dürfen keinesfalls verfallen, wenn nicht ein Wiederanstieg Deutschlands in wirtschaftlicher Hinsicht für alle Zukunft zunichte gemacht werden soll.

Es liegt daher zu hoffen, daß der Reichskammisär für Arbeitsbeschaffung sich diese Möglichkeit, in großem Ausmaß wertvolle nützliche Arbeit zu vergeben, nicht entgehen lassen wird.

Erlaubnis zum Milchhandel — widerrufliche Genehmigung

Es wird darauf hingewiesen, daß nach § 14 des Milchgesetzes zum Betriebe eines Unternehmens zur Abgabe von Milch Erlaubnis erforderlich ist, die für die Stadt und das Landgebiet Bremen bei der Polizeidirektion, Polizeihaus, Zimmer 129, schriftlich einzureichen ist. Ebenso bedarf es einer besonderen Erlaubnis, wenn die Befugnisse zum Betriebe eines Unternehmens, für den die Erlaubnis bereits erteilt sein muß, durch einen Stellvertreter ausübt werden sollen. Die Stellvertretererlaubnis wird nur unter den im § 15 des Milchgesetzes enthaltenen Bedingungen erteilt.

Für einen (bereits bestehenden) landwirtschaftlichen Betrieb von einem anderen übernehmen will, kann bis zur Erteilung der Erlaubnis für längstens drei Monate zur Weiterführung des Unternehmens widerruflich zugelassen werden (§ 16 Abs. 1). Der Antrag auf Erlaubnis und auf widerrufliche Zulassung muß rechtzeitig — möglichst vier Wochen — vor der beabsichtigten Betriebsübernahme gestellt werden. Bei ohne die Entschloßung der Polizeidirektion über den Antrag auf zunächst widerrufliche Zulassung abzuwarten, den Betrieb weiterführt, hat Schließung des Unternehmens und strengste Bestrafung auf Grund des Milchgesetzes zu gewärtigen.

Festgenommen wurde ein wiederholt vorbestrafter, 20jähriger junger Mann, der im dringenden Verdacht steht, in der Silvesternacht in der Union

zwei Herrenmäntel entwendet zu haben. Einer der geklauten Mäntel konnte bereits herbeigebracht werden.

Künstlerfest 1933. Der Künstlerbund Bremen e. B. gibt auch in diesem Jahre sein Künstlerfest und zwar wird das Fest am 4. und 6. Februar feigen. Es wird dieses Mal ein Jagd- und Waldfest werden und es hat deshalb den Namen „Kalterboller-Keng“ bekommen. — Der Kartenverkauf ist bei Fr. Sauerbaum, am Markt 168, in der Sternstraße, Böttcherstraße und bei Reager u. Meier, Fischmarkt. Anträge auf Einladungen sind an die Mitglieder des Festauschusses zu richten. Nähere Auskunft erteilt die Kunstschau, Böttcherstraße und die Direktion der Centralhallen.

Bremser Konzert-Verein e. V. Das für den 3. Kammermusik-Abend vorgesehene Hamburger Gamben-Trio ist infolge anderweitiger Verpflichtungen verhinert. Ansolobessen ist der Abend von der jugendlichen Berliner Pianistin Grete Schöberl übernommen worden, die ursprünglich zur Mitwirkung beim Brahms-Fest-Abend vorgesehene war. Der 3. Kammermusik-Abend findet infolge dieser Veränderungen nunmehr am Dienstag, 31. Januar, 20 Uhr, im kleinen Glockenstahl statt.

Am 18. Januar im Casino Deutscher Abend des Sturmbanns II/75



Besondere Vorteile durch erhebliche Preisermäßigung im Inventur-Verkauf

Stallmann & Harder


Hermann Schleff
Dampfwasschanstalt

Woltmershäuserstraße 409
Fernsprecher Roland 3258

Geschäftsstelle der NSBO

Geöffnet von 9-13 Uhr und von 15-20 Uhr

Rembertstr. 31-32
Domshelde 20012



Huchting

Am Freitag, den 13. Januar 1933
abends um 20.30 Uhr, spricht

Ministerpräsident Röber

im „Haus Niedersachsen“

NSDAP, Ortsgruppe Huchting

Stadttheater

Heute, Mittwoch, 20 Uhr,
108. Abonnements-Vorstellung
Ende ungefähr 23.15 Uhr
Der große Operettensänger

Tango um Mitternacht

Donnerstag, 19.30 Uhr,
109. Abonnements-Vorstellung
Unter der musikalischen Leitung von Dr. Hanns Rohr

Lohengrin

Freitag, 20 Uhr,
110. Abonnements-Vorstellung:
Singspiel Einatba Eifstjstina

Don Juan

Die Abonnementsrate ist fällig

Linoleum-Fußbodenbelag — richtig verlegt ist so wichtig — **Fundament des Hauses**

Eigenes Verlegepersonal / Erste Referenzen



Bremen-Neustadt - Gr. Johannisstr. 64

Verschiedenes

H. Pinkepank
INGENIEUR
Heizung
Rohrleitungsbau
Albersstraße 8
Telef. Hansa 461 17

„Evangelium im Dritten Reich“
Das Sonntagsblatt der Deutschen Christen

Herausgeber: **J. Hoffenfelder**
Hilfshilf der Glaubensbewegung „Deutsche Christen“

Es das einzige Nachrichtenblatt der Glaubensbewegung Deutsche Christen und enthält alle wichtigen Bekanntmachungen der Glaubensbewegung Deutsche Christen. Die Zeitung kann bei jeder Postanstalt bestellt werden und kostet monatlich 30 Pfennig

Verlag: **M. Gretemeyer**
21a. Martensstraße 4, Billwerderer Ctr. 95

Insertiert in der BNZ

Verbandsabzeichen



Bruno Mühlde
Stempelabk. Bremen
Wegweiser der NSDAP
Bremensches Volksblatt

Kein Ausverkauf denn Tha-Ga-Waren sind immer so billig!

Misch-Obst .. 1 Pfd. 24.4	calif. Pflaumen 1 Pfd. 25.4
Ring-Äpfel .. 1 Pfd. 50.4	calif. Pfirsiche 1 Pfd. 50.4
Sm. Feigen .. 1 Pfd. 22.4	calif. Aprikos. 1 Pfd. 50.4
Salatöl (Speiseöl) .. 1 Liter nur 40.4	
Frische Margarine .. 1 Pfd. nur 25.4	
Amerik. Schweineschmalz .. 1 Pfd. nur 48.4	
Kokospfaisett .. 1 Pfd.-Tafel 28.4	
Kristall-Zucker .. 1 Pfd. nur 34.4	
Grüne Erbsen 1 Pfd. 24.4	graue Erbsen 1 Pfd. 24.4
geschälte weiße Bohnen 1 Pfd. 12.4	
Split-Erbsen 1 Pfd. 20.4	geschälte gelbe Erbsen 1 Pfd. 25.4
Linsen, gutk. 1 Pfd. 25.4	

5% Rabatt auf alle Waren (in Marken, einige Artikel ausgedlossen)

Hamburger Kaffee-Lager
Thams & Garfs
Faulenstraße 40 Osterortsteinweg 93
Nordsstraße 269 / Hemelingen, Bahnhofstr. 16

Schauspielhaus

Heute, Mittwoch, 8 Uhr,
11. Kammerstück
Das schönste Stück der Spielzeit

FANNY
Komödie von Marcel Pagnol

Donnerstag,
11. Sonder-Abonnement

FANNY

Freitag, Serie G/11
Da stimmt was nicht
Schwank von Franz Arnold

Wir gewähren Darlehen zur Abstoßung von Verbindlichkeiten dore kurzfristigen und teuren Krediten auch gegen **Mobilarsicherheit**. Monatl. Rückzahlung von RM. 1.15 pro RM. 100.— an, durch **Wirtschafts-Spar- u. Kreditkasse Rinteln a. d. Weser** Geschäftsstelle Bremen Wachtsstraße 26a II. Telefon D. 28185 Barozzeit 9-13 Uhr

Wieder unerreichte Spitzenleistungen

A STORIA ATLANTIC-CAFÉ

Elli Glässner
Eduard Eysack, 3 Melores, 2 Topedas, Mergelitz u. Fred

Elli Ardelt in ihrer unerreichten Luft-Sensation. Shantay, Jolson & Fly Decoy & Fire, kom. Dreistimmigkeit

Die Dichterschlacht v. v. a.

VIEL STIMMUNG - TANZ
Mittwoch und Sonntag auch nachmittags

Die Sensation von Bremen
Juan Liossas
mit seiner wellberühmten Kapella (15 Solisten), 1. Preisträger im Wettbewerb des Berliner Musikvereins!

Sonntag von 11-13 Uhr Matiné

ATLANTIC-TANZ-CABARET
Täglich nachmittags und abends Das gr. Cabaret-Programm, Tanz

Bitte hier abtrennen und dem Verlag zufenden!

Deutsche Schrift ausdrücklich erbeten!
Die Erledigung jeder Bestellung hängt von der Erfüllung dieser Bitte ab.

Herr/Frau/Fräulein **Bestellzettel**

Beruf: _____

Wohnort: zuständige Post: _____

Straße: Nr. _____

bestellt hiermit zur laufenden Lieferung ab 19 _____

1 Exemplar BNZ
Bremes nationalsozialistische Zeitung
Bezugspreis monatlich RM 1.90
durch Träger frei Haus bei Zustellung durch die Post 36 Pfg. Zustellgebähr.
den _____

Unterschrift: _____

Aus Bremen Stadt und Staat

Standardie 75 marschiert

Am Sonntag, 15. Januar, marschiert die Standardie 75 das erste Mal wieder nach dem Bürgerrieden.

Humboldtstraße — St. Jürgenstraße — Am Schwarzen Meer — Am Fulsberg — Wupperstraße — Nahrstraße — Kirchbachstr. — Ostfieder Heerstraße — Höbenstraße — Alter Postweg — Drakenburgerstraße — Alctraße — auf der Hohwisch — Hamburgerstraße — St. Jürgenstraße — Humboldtstraße. (Auflösung.)

Warum — — — ?

Der Butterbeimischungszwang für Margarine Das Margarine-Butter Leiharbeiter allerlei vor

Amtswalter — Achtung!

Die für heute, Mittwoch, den 11. Januar, abends 20.30 Uhr, angelegte Amtswalter-Verpfehlung wird auf

Dienstag, den 17. Januar verschoben.

Auf dieser, am Dienstag, den 17. Januar, 20.30 Uhr, im Concordia-Saal stattfindenden Amtswaltertagung wird Gauleiter

Einlaß nur gegen Ausweis. Die Kreisleitung.

zeitig zum größten Teil von ausländischen Rohstoffen abhängig ist, zu müssen und dann noch von Antarktis zu reden. Ebenso ist eine Streckung der Butter ein direkter Wahnsinn, denn damit würden ja alle fettig gebrauchten auswärtigen Rohstoffe und Geldmittel, im Verein der modernen Wissenschaften für die Herstellung erstklassiger Ware gewissermaßen sabotiert und durchgegriffen.

Eine Zollregelung mit dem Beimischungszwang zu verbinden, dürfte überhaupt nicht angängig sein, zumal auf lange Dauer mit allen möglichen finanziellen Mitteln das Geleis von Angebot und Nachfrage nicht aus der Welt zu schaffen ist.

Es kommt ist jeder, daß man die fettigsten Bekämpfung Mischung von Butter und Margarine jetzt angeht, also was man früher Verfallung nannte und mit schweren gerichtlichen Strafen andrte. Für Butterfälscher kommen nun Strafen des laufenden Raubritters wieder goldene Zeiten, denn wer und wie fast das Ganze beaufsichtigt und nachgeprüft werden, dazu gehört ein fachmännisch geknüpfter, zuverlässiger Kontrollen-Apparat, der dem Staate genaue Analysen verrat. Das Lebensmittelgesetz verbietet die Verfallung von Nahrungsmitteln und die Mischung von Butter, sowie überhaupt das Zusammenkommen von Fremdstoffen zur Butter, es ist dies nun einmal eine grobe Verfallung. Wenn auch der § 5 des Lebensmittelgesetzes vom 5. Juli 1927 lautet: „Die Reichsregierung kann die Verfallung von Lebensmitteln zum Schutze der Gesamtheit verbieten oder unter Beschränkung zulassen“, so macht es gewiß auf viele feiner guten Einbrä, wenn eine Bestimmung wie die Verfallung von Butter, die jeder Verbraucher auf das Strengste bestrafen haben will, nun durch Geleis abgeändert wird. Wenn man das Lebensmittelgesetz so grundlegend ändern kann, werden sich mit Recht Stimmen erheben, daß man auch das Reichsmittelegesetz schlenkerlich wieder abändern müßte.

Rein der Bremer Butter-Förderer.

Rückwärts beim „Vorwärts“

Sozialdemokratische Konsumvereins-Wirtschaft

SPD.-Sozialismus In der Praxis — Was die „Bremer Volkszeitung“ den betrogenen Genossen nicht erzählt

Sozialdemokratisches „Genossenschaftsgesetz“

Endlich ist es mit diesem sozialdemokratischen „Mutterbetrieb“ so weit gekommen, wie schon vor Jahren von einigen Angestellten des Betriebes vorausgesagt. Liebespannte „Organisation“ hat die KÖ „Vorwärts“ nun doch fast zugrunde gerichtet und das die Ende wird bald folgen. Jetzt, nachdem die Geschädigten und Betrogenen sich zusammenzuschließen und an die Öffentlichkeit wenden, werden auch den letzten fanatisch verkörperten „Genossen“ die Augen geöffnet und diese sollen weiter dazu beitragen, allzu Verborgenes der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Seit der Jahrschlußberende sind die sozialdemokratischen Konsum-Genossenschaftler gegründet 1. zum Zweck, die organisierten Arbeiterklasse — unter Aufsicht des „Zwischenhandels“ und des „Unternehmensprofits“ — vertriehtige Lebensmittel- und Verbrauchsartikel zu beschaffen, 2. den wiederholt ausfalligen Gewinn in Privatbetrieblen Gemeinnützigkeit eine dauernde Arbeitsstätte zu schaffen, neben der sie ungeschützt sozialdemokratische Parteipolitik betreiben konnten. Dieser Gedanke war an sich begründet, dergleichen das Reich seit 1920 bestehende Genossenschafts-Reglement. Nach diesem hatten die tausenden Mitglieder noch ein Recht, mitzubestimmen, ihren geschäftsführenden Vorstand und Aufsichtsrat zu wählen, zu kontrollieren und die Verwaltung war ihrerseits verpflichtet, der Generalversammlung Bericht zu erstatten, die Bilanz bekannt zu geben und — mitunter die schärfste Kritik feilsch der Mitgliederversammlung einzuflechten auch evtl. ihren Dienst zu quittieren.

Nur nach dem Kriege setzte dann infolge der drei sich bekämpfenden marxistischen Parteien die verstärkte Opposition gegen die mehrheitssozialistischen Konsum-Vorstände ein und manches auch so lieb gewordene Schmähchen ging ihnen verloren. Am nicht ganz das Feld zu räumen, brachten die Konsumvereins-Vorstände es durch, daß 1929 bei der Reichstagswahl auch unter dem Mehrheitssozialisten ihre Vertreter in den Reichstag kamen, und es war der Genossenschaftsleiter Reine/Bremen, der das von den Mehrheitssozialisten

Genossenschaftsvorständen ausgearbeitete „Genossenschaftsgesetz“ im Reichstag verteidigte, das dann Reichsgesetz wurde.

Auf Grund dieses Genossenschaftsgesetzes gibt es seit 1920 keine umfangreichen Konsum-Mitglieder-Generalversammlungen mehr, das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder ist ausgeschaltet und es ist ihnen keine Möglichkeit gegeben, unliebsame, selbst die Genossenschaft schädigende Verwaltungsmassnahmen ihres Vorgesetzten, viel weniger noch ihre ihnen ein Recht zu, die horrenden Gehälter der Vorstände zu kontrollieren oder in angemessenen Grenzen zu halten.

Vielmehr liegen die Verhältnisse so, daß die Genossenschaftsvereinigungen die Genossenschaften als ihr eigenes Geschäft betrachten, Bestimmungen herausgeben und die übrigen 99 Prozent der Angestellten und tausenden Mitglieder nur als parteipolitisch gebundene zum Kauf verpflichtete „Genossen“ behandeln. Alle drei Jahre nur dürfen diese letzten 99 Prozent mal ihre Stimme abgeben für je drei pro Lebensmittel-Verkaufsstelle aufgestellte Ausschußmitglieder, die gleich dem Parlament durch Stimmenwahl normiert werden. Diese Listen sind zuvor von den politischen Parteien aufgestellt und enthalten nur deren Namen, die mindestens auch in der Partei schon eine Rolle spielen, oder besser gesagt Vorzugen sind oder als mindestens deren Anwärter gelten. Jeder Listenführer hat nun innerhals der drei Mann wieder den Vorschlag, zum engeren Verwaltungsrat zu gehören — und ist schon von der Verwaltung selbst die Verpflichtung gegeben, wie Jahresbericht, Bilanz u. v. m. bekannt zu geben, so werden zuerst die Listenführer in die Materie eingeführt und evtl. bearbeitet, sich selbst den Wünschen und Forderungen des Vorstandes anzuschließen, so daß bei der nun folgenden gemeinsamen Vorstand- und Ausschußmitgliedschaft-Tagung — statt der früheren General-Versammlungen! — kaum noch eine Stimme des Protestes laut wird und die Vorstände ihre festgelegten Beschlüsse ohne Mühe zur Durchführung bringen. Das ist 65 bis 70 Prozent der Stimmen in der Eile der Tagung Beschlüsse mitfallen, die für nachträglich beherrschend, dementsprechend der große Betrag in der Aufwertungsfrage.

Sozialdemokratische „Aufwertung“

Die Genossenschafts-Mitglieder wurden hier in Bremen in den früheren Krisenjahren 1919-22 meistens der Verwaltung aufgedrängt, ihr Vorrecht-Guthaben bei den „bürgerlichen“ Sparkassen und Banken abzuholen und es dem „Vorwärts“ zur Verfügung zu stellen, was auch schon infolge politischer Einstellung geschah. Bei der Aufwertung jedoch wurde nicht der Einzahlungstag beim „Vorwärts“ als Stichtag für den Kurs der Aufwertung erachtet, sondern genau der Kurs, der auf ein Vierteljahr später amtlich feststand, und das war natürlich immer nur erst ein Bruchteil des eingezahlten Nennwertes.

Wer also kein Geld — 1000 Mark — bei der Sparkasse ließ, hatte 1924 ein Aufwertungs-Guthaben von 200 Mark.

Beim „Vorwärts“ dagegen einen Kleinvorkauf, trotz sogenannter „25 Prozent Aufwertung!“ — Den Vorteil hatte natürlich der „Vorwärts“ und es wurde damals mit diesem Gelde Käufer gekauft, Schulden bezahlt, neue Käben eingerichtet, Ware eingekauft u. v. m. wieder an der Gasse ver-

Sozialdemokratische „Gehaltsregelung“

In Friedenszeit betrug das Gehalt eines Filialleiters 175—225 Mark. Der erste Geschäftsführer erhielt ein Plus von 50 Prozent dieses Vorgesetztenhohes. Nach der Stabilisierung unter dem neuen Genossenschaftsgesetz war das Verhältnis so stark, daß der bestbezahlte Filialleiter nur noch 22 Prozent vom Gehalt des Geschäftsführers verdiente. Und fragen wir uns, wer diese enorm hohen Gehälter der Vorstände

bestimmte, so lautet die unumwiderrliche Antwort: Die in Reich in sich organisierten Genossenschaftsvorstände stellen ihre Forderungen an die jeweiligen örtlichen Gen. Aufsichtsräte und diese — größtenteils Partei- und Gewerkschaftsführer mit

diert und verdient, so daß schon das Geschäftsjahr Juli 1924 bis Juni 1925 einen Geheimfonds von 100 000 Mark als Uberschuß ermöglichte, der einbringend angelegt wurde und heute die stattliche Summe von 200 000 Mark barsteht

wenn, ja wenn nicht so maßlos gewirtschaftet wäre,

wenn die große Investition in der Meterstraße mit neuer Lichtanlage von einigen 100 000 Mark unterbleiben wäre, das Pfister des Grundstücks keine 105 000 Mark verschlungen hätte und wenn allein 4 Vorstandsmitglieder nicht ein Jahresgehalt von über 60 000 Mark verdient hätten. — Statt dessen sollte man den Mitgliedern ihre Rechte gehahrt haben! Dazu gehörte vor allem die 100 Prozent Aufwertung der früheren Geschäftsanteile von 30 Mark und das vorgenannte Sparkassengeld! — Und nicht minder recht wäre es gewesen, wenn die 100 000 Mark 1924/25 als Rückvergütung ausgegahlt worden wären, anstatt nun den Mitgliedern verloren zu gehen!

selbst besten Gehalt — bewilligen und zwar auch wieder aus einem gewissen Interesse!

Bei den Gehaltsregelungen der Angestellten und Arbeiter des Betriebes mußte gekämpft werden weit schlimmer noch als gegen die realistische Kapitalistenklasse und oft fiel in den Betriebsversammlungen ein hartes Wort gegen die verkappten „Gewerkschaftsführer“ die gleichzeitig Duzfreunde des Gen.-Vorstandes waren.

All diese Momente sind mitbestimmend für die Zerstückung des ehemals guten Einvernehmens zwischen Verwaltung einerseits, den Angestellten, Arbeiter und tausenden Mitglieder des „Vorwärts“ andererseits.

Sozialdemokratische Geschäftskosten

Es bleibt nicht verwunderlich, daß heute bereits eine Gegenorganisation innerhalb des „Vorwärts“ nun zum schärfsten Kampfe ansetzt und jene wagen erfahren, welche erschlüssigen Ergebnisse sich unter innerhals der Verwaltungsmassnahmen abspielen: Flug da einst ein Rundschreiben in die Käben, des Inhalts: „Wir haben einen größeren

Posten Gante zum Best bereingekommen, nach dem es sich stellen wir sehr, daß die Gante einwand-

gab es Koffrant u. v. m. reichlich Wein, festgefesselt durch die vielen leeren Flaschen nach Beendigung des „Vertrags“ und — reichlich Arbeit für die Reinnachfrauen, die erst vom Lager einen Koffel holen mußten um den revolutionären und sich übergebenden Mageninhalt wieder aus den Waschbecken raus zu lössen, damit wieder Wasser ablaufen konnte.

Es fragt sich nur, ob das damalige Verlage inkl. Gängebrot auf Geschäftslust noch begehrt wurde — oder sollte das gar von dem internen Kreise rechtlos bezahlt sein? — Es fragt sich weiter, was mit dem einmalig gebrauchten Koffel geschehen ist, ging er zurück zum Lager, von da in eine Verkaufsstelle und evtl. in den Stuppenlosg? — Fragen die zu ergründen dem Zypotionsauschuß überbleiben!

Das es wiederholt vorkam, daß die Reinnachfrauen ein zufällig noch Geschäftslust nach belegtes Zimmer erst betreten konnten, als endlich wackelnde Gestalten abgezogen waren und der tatsächliche „Unterhaltungsstoff“ in Gestalt großer Posten leerer Flaschen zurückblieb, daß schon vor Jahren ein allgemeines Gaudium. — Und weiter, wenn man weiß, daß eine Frau vom Aufsichtsrat über das Telephon einer Verkaufsstelle sich persönlich beim ehem. 1. Geschäftsführer eine la Marabantorte bestellte, die über die betr. Verkaufsstelle geliefert wurde, aber nie zur Befolgung der betr. Verkaufsstelle kam, kommt den Mitgliedern doch manchmal zum Bewußtsein! — Stimmt das wohl auch? — Fülle dieser Art Geschichten noch mehr, nur mangelt der Platz.

Sozialdemokratische „Freiheit“

Im weiteren ist nach der rein sozialdemokratischen Charakter des „Vorwärts“

insofern betont, indem feststeht, daß halbseitig allen Angestellten und Arbeitern des Betriebes ein Fragebogen ausgeht, zwecks Ertragung, welche Zeitung halten Sie — namentlich welche führt — welcher Organisation, welcher Partei, welchem Sportverein u. v. m. gehören Sie an?

Das Ergebnis der Umfragen wird öffentlich bekannt gegeben, die Nachrichtenerreger gerügt, Sportvereine bürgerlicher Sportvereine für die Unterwerfung gestellt und zur Konsequenz gezwungen. Jetzt nachdem im letzten Jahre Entlassungen geübt sind in erster Linie Oppositionelle entlassen und der Rest zittert fast vor diktorischer Nachentlassung des letzten Leiters, dessen Eohn einst auf Beschluß der Betriebsverwaltung entlassen werden mußte. — Grund? — Lassen Sie sich erzählen und wird mehr noch von den ehemaligen Angestellten und Arbeitern des sozialdemokratischen Konsum-Vereins Mitbewerter — Verzeihung, wollte sagen „Vorwärts“.

Das neue Internationale Signalbuch

Aus Berlin wird uns gemeldet: Die amtliche deutsche Ausgabe des Internationalen Signalbuches 1931 wird in diesen Tagen vom Reichsverkehrsministerium der Öffentlichkeit übergeben werden und soll am 1. Januar 1932 international in Kraft treten. Es ist für den Verkehr in sieben Sprachen geschaffen, nämlich englisch als Grundsprache, deutsch, französisch, italienisch, japanisch, norwegisch und spanisch. Die Ausdrucksweise des Signalbuches ist in allen diesen Sprachen eindeutig gegeneinander abgestimmt, so daß zu jeder Zeit Signale oder zum Übermitteln der Nachrichten nur eine ganz bestimmte Bedeutung gehört und Verwechslungen ausgeschlossen sind. Die deutsche Fassung ist nach Abschlus der Londoner Arbeiter im Reichsverkehrsministerium unter weitgehender Mitarbeit von Fachleuten, vor allem des Kaufmanns Vereins in Hamburg, festgesetzt worden. Im Zusammenhang mit dem Signalbuch sind auch die Untersuchungsbeamten für Seeschiffe neu geregelt worden. Künftig wird die Staatszugehörigkeit aller Seeschiffe aus dem ersten oder den ersten beiden Buchstaben des Identifikationszeichens zu erkennen sein. Für Deutschland ist dies der erste Buchstabe „D“.

Die Stadt Neisse ehrt den neuen „Europa“-Führer

Der Magistrat der Stadt Neisse hat den neuen Führer des Schnellbahnverkehrs „Europa“ des Norddeutschen Lloyd, Kapitän D. Star Scharf, der in Neisse gebürtig ist, durch die Überreichung eines prächtigen Bildes, das Rathaus in Neisse darstellend, sowie durch das Geschenk von zwei Exemplaren der Monographien deutscher Städte: Neisse, — geehrt.

Handel und Volkswirtschaft

Tägliche Beilage der BNZ

Neue stellvertretende Vorstandsmitglieder der Lloyd-Hapag-Union

Der für die Regelung der Personalien zuständige Arbeits-Ausschuß der identischen Aufsichtsräte des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika Linie hatte Dienstag auf Vorschlag des Vorstandes der Norddeutschen Lloyd-Hapag-Union beschlossen, die Herren Krug-Hamburg, Dr. Kulenkampf-Bremen und Oboussier-Hamburg zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern beider Gesellschaften zu ernennen und gleichzeitig das bisher für den Norddeutschen Lloyd ernannte stellvertretende Vorstandsmitglied Bröte auch für die Amerika-Linie in dieser Eigenschaft zu bestellen.

Einzelhandel und Einheitspreis-Geschäfte

Hamburg. Wie berichtet, hat der Senat die Eröffnung eines neuen Einheitspreis-Geschäfts der Firma Woolworth im Stadtteil Barmbeck genehmigt. Die Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels Groß-Hamburg protestiert hiergegen in einer Eingabe an den Senat und spricht die dringende Bitte aus, der Senat möge eine eindeutige Erklärung dahin abgeben, daß keinerlei Ausnahmen vom Verbot der Einheitspreis-Geschäfte für Hamburg genehmigt werden. Im gleichen Sinne hat sich die Arbeitsgemeinschaft auch an die Fraktionen der Bürgerschaft gewandt. Eine Eingabe gleichen Inhalts hat auch der Vorstand des Landesverbandes Hamburg der Wirtschaftspartei an den Senat gerichtet.

Errichtung einer Reichsfischkammer

In einer umfangreichen Denkschrift befaßt sich der Reichsverband der deutschen Fischhändler e. V., Berlin, mit der Frage der Errichtung einer Reichsfischkammer. Die schon seit Jahren herrschenden großen Notzustände in der gesamten deutschen Fischwirtschaft im besonderen bei der Küstenfischerei, drängten darauf hin, daß etwas Greifbares unternommen wird, um einen geregelten Zustand zu schaffen. Bisher seien die behördlichen Maßnahmen ohne anhaltende Wirkung geblieben und hätten nur eine vorübergehende Besserung geschaffen. Im nationalen Interesse aber liege es, wenn die Fischwirtschaft den Platz einnimmt, der ihr in bezug auf die eigene Ernährungsmöglichkeit zukomme. Hierzu sollte eben die Reichsfischkammer den Weg zeigen und eine endgültige Hilfe herbeiführen.

Amerikanische Baumwolle

Dienstag, 10. Januar

Bremen

Loko: 7.30 cents (vorige Notierung 7.26 cents)

Termine:	Jan.	März	Mai	Juli	Okt.	Dez.
Voriger Schluß	—	7.16/13	7.30/27	7.40/39	7.60/58	7.71/70
Eröffnung	—	7.11/10	7.27/26	7.39/37	7.57/56	7.70/67
13 Uhr	—	7.12/10	7.27/25	7.39/37	7.56/55	7.60/68
16.20 Uhr	—	7.12/10	7.26/24	7.38/36	7.57/55	7.68/67
Heutiger Schluß	—	7.09/06	7.23/20	7.35/33	7.54/50	7.65/61
Abrechnungspreise 13 Uhr	7.01	7.11	7.26	7.38	7.56	7.68

New York

Loko: 6.30 cents (vorige Notierung 6.30 cents)

Termine:	Jan.	März	Mai	Juli	Okt.	Dez.
Voriger Schluß	6.16	6.20/22	6.34/35	6.46	6.65	6.78
Eröffnung	6.10/12	6.18/19	6.33	6.45	6.64	—
11.45 Uhr	—	6.14/15	6.27/28	6.39/40	6.57/58	6.69
Heutiger Schluß	6.25	6.35/37	6.48/50	6.61	6.80	6.92/93

Liverpool

Loko: 5.25 pence (vorige Notierung 5.30 pence)

Termine:	Jan.	März	Mai	Juli	Okt.	Dez.
Voriger Schluß	5.04	5.06	5.09	5.11	5.14	5.17
Heutiger Schluß	4.98	5.00	5.03	5.06	5.10	5.14

Bremer Privatbericht

Vormittag: Der Markt eröffnete heute auf Grund zunehmender Abgünstigung knapp behauptet 1 bis 3 niedriger. Da jedoch allmählich etwas mehr Nachfrage des Inlandes herauskam, konnten sich die Kurse im Laufe des Vormittags ohne größere Veränderungen behaupten. Der Markt schloß um 13 Uhr stetig unverändert bis 1 Punkt unter den Eröffnungsnoteierungen.

Nachmittag: Der heutige Nachmittagsverkehr eröffnete ruhig aber stetig und zu fast unveränderten Kursen, da New York den etwas schwächeren Vormittagsnotierungen von Liverpool und Bremen Rechnung trug. Im weiteren Verlauf zeigte sich reichlich Angebot und die Kurse gaben daher bei vereinzelt etwas mehr Nachfrage langsam einige Punkte nach. Der Markt schloß ruhig 3 bis 6 Punkte unter den Nachmittagsnotierungen.

New Yorker Privatbericht

Der Markt eröffnete willig. Vereinzelt Verkäufe, Auswärtige Verkäufe, Enttäuschende

Außerordentlich starke Entlastung der Reichsbank

Berlin. Stellten wir schon in der vergangenen Woche fest, daß die Belastung der Reichsbank zum Jahreswechsel außerordentlich gering sei, so charakterisiert der erste Ausweis des neuen Jahres die leichte Geldlage noch viel stärker. Die Rückflüsse an die Reichsbank übertrafen bereits in der ersten Woche um 50 Millionen die gesamte Belastung zum Jahreswechsel. Wechsel und Schecks gingen um 281 auf 2524 Millionen zurück, Lombardforderungen um 104 auf 72 Millionen. An Scheidemünzen flossen 64 Millionen in die Reichsbank zurück, während der Notenumlauf gleichzeitig um 186 auf 3374 Millionen eingeschränkt werden konnte. Der Rückgang der Girofelder um 201 Millionen auf 338 Millionen ist eine zu dieser

Zeit normale Erscheinung, da die Banken zum Jahresabschluß ihre Giroguthaben bei der Reichsbank besonders hoch zu halten pflegen. Obwohl in der verflorbenen Dekade der Reichsbank ein erheblicher Betrag an Gold von seitens Rußlands zugelassen ist hat sich der Goldbestand doch um rund eine Million ermäßigt, da anderweitig Gold abgegeben ist. Dieser Ermäßigung steht aber eine Steigerung des Devisenbestandes um 1,3 Millionen gegenüber, so daß der Deckungsbestand stabil bleibt. Das Deckungsverhältnis stieg von 25,8 auf 27,3 v. H. Der gesamte Zahlungsmittelumlauf beträgt jetzt 5238 Millionen gegen 6430 Millionen zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Weitere Abwrackdampfer

Hamburg. Der Hamburger Dampfer „Amrum“ der Reederei Ernst Ruß, der seit Dezember 1931 im hiesigen Hafen auflieg, ist jetzt nach Elmshorn geschleppt worden, um dort auf der Werft von Kremer & Sohn abgewrackt zu werden. — Der Schuchmann-Dampfer „Tiefsee“ ist zum Abwracken an eine Flensburger Werft verkauft worden.

Deutsch-argentinischer Zollkrieg

Berlin. Obwohl zwischen Deutschland und Argentinien seit 1857 ein Meistbegünstigungsvertrag besteht, hatte die argentinische Regierung verfügt, daß die Ausfuhr aus Deutschland nicht von den am 15. November vorigen Jahres an Chile gewährten Zollermäßigungen profitieren sollte. Wegen dieser Diskriminierung Deutschlands hatte die deutsche Regierung Ende vorigen Jahres beschlossen, für verschiedene Einfuhrwaren argentinischen Ursprungs die erhöhten Kampfzölle des Obertarifs anzuwenden. Um jedoch noch Zeit für Verhandlungen zu lassen, wurde der Termin für das Inkrafttreten der erhöhten Sätze ursprünglich auf den 1. Januar 1933 festgesetzt. Bald darauf erfolgte die nochmalige Nachfrist bis zum 10. Januar. Aber auch diese zweite Frist ist, wie die Berliner Blätter erfahren, nunmehr verstrichen, ohne daß Argentinien nachgegeben hätte. Wie jetzt bekannt wird, wird die argentinische Regierung ihre Ansicht kaum aufgeben, daß Deutschland nur bedingte Meistbegünstigung habe. Deshalb dürfte ein Handelskonflikt unvermeidlich sein.

Am 10. Januar 1933 ist Argentinien von der Liste der Länder gestrichen worden, die in Deutschland die Meistbegünstigung genießen und gleichzeitig werden die Zollsätze des Obertarifs angewendet.

Erwerbsgesellschaften

Deutsche Gold- und Silberschmelze-Anstalt, vorm. Roessler

Frankfurt am Main. Die GV. genehmigte den Abschluß für 1931/32 mit der sofort zahlbaren Dividende von 9 nach 10 Prozent. Ein Aktionärsrat gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Gesellschaft künftig ihre Gewinne nicht mehr wie im bisherigen Umfang thesauriert. Von der Verwaltung wurde betont, daß die Bewertung des Anlagevermögens eine gewisse innere Berechtigung habe, da heute der Grundbesitz wesentlich weniger wert sei. Die Gesellschaft schätze die innere Liquidität besonders hoch ein. Eine Reihe guter alter Erzeugnisse bringe im Laufe der Zeit weniger Gewinn, und man müsse sich immer nach etwas Neuem umsehen. Im neuen Geschäftsjahr sei eine Besserung zu verzeichnen. Insgesamt wären die ersten drei Monate nicht schlecht verlaufen.

Vereinigte Stahlwerke AG.

Berlin. In den Monaten Oktober bis Dezember 1932, dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 1932/33, stellt sich die Produktion in den Haupterzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr bzw. dem ersten Quartal des Geschäftsjahres 1931/32 in 1000 Tonnen wie folgt: Kohlen 4077 gegen 3380 bzw. 3965, Koks 1078 gegen 897 bzw. 1061, Roheisen 595 gegen 453 bzw. 602, Rohstahl 667 gegen 443 bzw. 633. Die Zahl der Arbeiter, die Ende 1931 insgesamt 81 800 betrug und bis Ende September auf 83 900 gestiegen, ist bei Ende 1932 wieder auf 83 900 gesunken. Die Zahl der Angestellten verringerte sich von 12 700 auf 11 300 und 11 000. Der Umsatz mit Fremden betrug in Millionen Reichsmark von Oktober bis Dezember: 138,27 gegen 124,7 im Vorjahr bzw. 144,21 im ersten Quartal 1931/32. Auf Abnehmer im Ausland entfielen dabei 51,02 gegen 46,55 bzw. 62,18. Die spezifizierten Auftragsbestände der Hüttenwerke und Verfeinerungsbetriebe in Eisen- und Stahlzeugnissen machten am 31. Dezember 1932 etwa 90 Prozent des entsprechenden Auftragsbestandes im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1931/32 aus. In der heutigen Aufsichtsratssitzung wurden laufende Angelegenheiten behandelt. An die Berichterstattung über die Geschäftslage schlossen sich Ausführungen über organisatorische Maßnahmen an.

Berliner Produktenbericht

Unmittelbar nach der neuerlichen Abschwächung an den Getreideplätzen Winnipeg und Chicago kam auch die Tätigkeit der deutschen Exporteure wieder zum Stillstand, was einen wesentlichen Teil der bisherigen Käufer aus dem Markt verschwinden ließ. Diese Situation führte schon an der Vortagsbörse zu einem erheblichen Rückgang in den Preisen und auch heute lag der Berliner Getreidemarkt bei etwas ausweichender Haltung der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft am handelsrechtlichen Lieferungsmarkt im Durchschnitt um 1 1/2 Mark schwächer. Im Promitverkehr war das Verkaufsmaterial auf Basis der Stützungspreise im Vergleich zum Zeitmarkt verhältnismäßig gering, so daß hier die Notierungen unverändert bleiben konnten. Der Verkehr in Mehl wurde weiter den üblichen Beschränkungen unterworfen. Die Müller versuchten zwar, letzte Kurse zu lösen, sie müssen aber nachgeben, wollen sie bei dem an und für sich äußerst schlechten Geschäft nicht ganz ausgeschaltet werden. Es fanden im übrigen mit den Müllern Besprechungen im Ernährungsministerium über die gesamte Materie der Stützungsmaßnahme statt. Für Hafer zeigte sich nur geringe Kauflust und dann auch nur zu ermäßigten Preisen. Das Angebot war hier ebenso wie für Gerste ausreichend.

Amtliche Devisen-Kurse

vom 10. Januar
Ohne Gewähr

	Geld	Brief
Buenos-Aires	0,858	0,862
Canada	3,726	3,734
Istanbul	2,008	2,012
Japan	0,869	0,871
Kairo	14,46	14,50
London	14,08	14,12
New-York	4,200	4,217
Rio de Janeiro	0,239	0,241
Uruguay	1,648	1,652
Amsterdam	169,33	169,67
Athen	2,198	2,202
Brüssel	21,54	21,58
Jugoslawien	5,554	5,569
Bukarest	4,188	4,196
Budapest	—	—
Danzig	81,72	81,88
Helsingfors	6,204	6,216
Italien	21,54	21,58
Kaunas (Kovno)	41,88	41,96
Kopenhagen	72,98	73,12
Lissabon/Oporto	12,83	12,85
Oslo	72,58	72,72
Paris	16,42	16,46
Reykjavik	12,465	12,485
Riga	63,44	63,56
Schwiz	79,72	79,88
Sofia	80,99	81,15
Stockholm	3,057	3,063
Spänien	34,42	34,48
Tallin/Reval	76,67	76,83
Wien	110,59	110,81
	51,95	52,05

Londoner Goldpreis.

Berlin. Der Londoner Goldpreis betrug am 10. Januar in deutsche Währung umgerechnet für eine Unze Feingold 86,5975 RM, für ein Gramm 2,7847 RM.

Amtlicher Berliner Schlachtviehmarkt

vom 10. 1. 32.

Amtlicher Berliner Schlachtviehmarkt	schätzbar	Preis	Abnehmer
Amtlicher Berliner Schlachtviehmarkt	1333	C 22-24	D 19-21
darunter Ochsen	233	A 22-24	B 18-21
" Bullen	462	K 15-17	D 10-14
" Kühe/Färs.	718	A 30	B 26-28
z. Schlachthof direkt	56	C 19-24	A 11-31
Auslandsrinder	—	B 28-30	B 1 23-30
Kälber	2322	C 27-36	D 17-25
z. Schlachthof direkt	—	D 17-25	A 11-31
Auslandskälber	—	B 26-28	B 1 23-30
Schafe	4259	C 19-24	A 11-31
z. Schlachthof direkt	447	B 26-28	B 1 23-30
Auslandsschafe	—	C 27-36	D 17-25
Schweine	10270	D 17-25	A 11-31
z. Schlachthof direkt	2768	B 26-28	B 1 23-30
Auslandsschweine	325	C 27-36	D 17-25
Verlauf: Rinder	—	A 11-31	B 1 23-30
Kälber	—	B 1 23-30	B 11-20
Schafe	—	C 26-27	D 17-25
Schweine	—	D 17-25	A 11-31
Preis: Ochsen A I	—	B 26-28	B 1 23-30
A II	—	C 19-24	A 11-31
B I 29-31	—	D 17-25	A 11-31
B II	—	B 26-28	B 1 23-30
C 26-28	—	C 27-36	D 17-25
D 22-24	—	D 17-25	A 11-31
Bullen A 27-28	—	F	—
B 24-26	—	Sauen	34-36

Bremer Schlachtviehmarkt

Bremen, 10. Jan. Auftrieb: 47 Ochsen, 133 Bullen, 171 Kühe, 180 Färsen, keine Fresser, 356 Kälber, 167 Schafe. Lebend ausgeführt: 150 Rinder, 40 Kälber, 8 Schafe. Unverkauft blieben 53 Rinder, keine Kälber, 25 Schafe. Notierung für 1/2 kg Lebendgewicht: I) Rinder: A) Ochsen: a) 1) —, 2) —, b) 1) 24-25 (34), 2) —, c) —, d) —, d) —, B) Bullen: a) 26-27 (50), b) 22-25 (42), c) 18-21 (32), d) —. C) Kühe: a) 21-23 (20), b) 18-20 (31), c) 15-17 (34), d) 10-14 (36). D) Färsen: a) 27-29 (46), b) 23-26 (65), c) 18-22 (32). E) Fresser: —. II) Kälber: a) —, b) 35-38 (64), c) 29-34 (121), d) 23-28 (80), e) 12-22 (91). III) Schafe: a) 1) —, 2) 30-32 (64), b) 25-29 (78), c) —, d) —. Marktverkauf: Großvieh schlecht, Kälber und Schafe langsam.

Fleischmarkt am 9./10. Januar: Geschlachtet eingeführt: 68 Rinder, davon 8 dänische, 43 Kälber, 49 Schafe, 118 Schweine. Preise für 1/2 kg in Rpf. Rindfleisch: a) 51-54, b) 44-50, c) 35-43; Kalbfleisch: a) 61-68, b) 51-60, c) 35-50; Schafffleisch: a) 71-75, b) 61-70, c) 40-60; Schweinefleisch: a) 55-58, b) 49-54, b) 35-48. Geschlachtsverkauf: langsam.

Vechter Vieh- und Schweinemarkt. Vechna, 10. Januar. Auftrieb: 290 Schweine. Es kosten Ferkel bis 6 Wochen 5-7 RM, 6-8 Wochen 7-9 RM, 8-10 Wochen 9 bis 12 RM, das Stück; Läuferschwäne 27-30 Pfg. das Pfund. Marktverkauf mittelmäßig, kleiner Ueberstand. Nächster Wochenmarkt: Montag nächster Woche.

Oldenburger Zucht- und Nutzviehmarkt. Oldenburg, 10. Januar. Auftrieb 102 Stück Großvieh, 9 Kälber. Es kosteten: Hochtragende Kühe: I 320-350, II 270-310, III 200-360; tragende Rinder: I 290-300, II 150-240; güstige Rinder: 100-180. Zuchtkälber bis 14 Tage alt 10-20. * Ausgesuchte Tiere vereinzelt über Notiz. Marktverkauf: Sehr schlecht. Nächster Zucht- und Nutzvieh- und Pferdemarkt: Dienstag, 17. Januar.

Kabelmeldungen. Bessere Wetterberichte. Preise stetig fallend. Liverpooler Verkäufe Oktober und Dezember, Käufe der Spinner bei jedem Rückgang. Dann stetiger. Fixerdeckungen in Uebereinstimmung mit der Wallstreet. Nachmittags beträchtlich gebessert in Uebereinstimmung mit Festigkeit des Weizens. Käufe der Wallstreet.

Der Markt auf Lieferung Newyork

war ziemlich unverändert, aber stetig gegen den Schluß. Wallstreet-Käufe. Der Markt schloß fest 9 bis 16 Punkte höher. Umsätze 125 000 Ballen.

Streubaumwolle

Das Quantum der gelieferten Streubaumwolle beträgt aus: D Portland von Los Angeles keine Streu. D Justin von Los Angeles keine Streu. D Erlangen von New-Orleans 3/4 kg.